

Volkswacht

für Schlessen und „Liegnitzer Volkszeitung“.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Expedition: Neue Graupenstr. 8 und durch Anzeiger zu beziehen. Preis pro Woche 85 Hg. für 3 Monate 2.50 Wkt. Ganz die Post bezogen frei ins Haus 4.50 an keine Woch am Ort 5.50

Einzelnenpreis beträgt für die einblättrige Koloniethe über deren Name für Breslau und Ostpreußen 50 Hg., außerhalb 60 Hg. Doppelhefte unter Text 1.20 Wkt. Arbeitsmarkt, Wohnungs-, Vereins- u. Veranlassungs-Anzeigen 20 Hg. Familien- u. Nachrichten 10 Hg. In all. Brief 10%. Fernzuschriften Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Sonntag 8 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Fernsprecher:
Geschäftshelle Nr. 1206.
Bollsch-Road Breslau Nr. 5452.

Fernsprecher:
Redaktion Nr. 9121.
Bollsch-Road Breslau Nr. 5452.

Nr. 44.

Breslau, Freitag, den 21. Februar 1919.

30. Jahrgang.

Kurt Eisner ermordet.

Die Kreditvorlage angenommen.

Kurt Eisner ermordet.

München, 21. Februar. Heute vormittag wurde der Ministerpräsident Eisner auf dem Wege vom Ministerium des Innern nach dem Landtagsgebäude in der Breuerstraße von einem Leutnant, Graf v. Helldorf, durch zwei Kopfschüsse von hinten getötet. Der Täter wurde durch einen Posten schwer verletzt und liegt im Sterben.

Opfer

für Wirtschaftsgehung.

Falsch werden jetzt die Arbeiter zur Verunst gerufen: sie sollen auf Lohnverringern verzichten, die die Produktionskräfte angreifen und dadurch den Aufstieg zu einer glücklichen Zukunft verzerren. Die Mahnung spricht eine absolute Wahrheit aus: aber eben diese Unbedingtheit bringt sie um ihre Wirkung. Nach vierzehnjährigen Jahren des Mühsens und Würgens gegen jede soziale Moral soll man überhaupt nicht glauben, die soziale Moral als bestes Hebewerkzeug, das vor dem Verfall rettet, benutzen zu können. Wie die hunderttausende Kriegsspekulanten den Teufel danach fragten, ob durch ihr Treiben das Vaterland ins Unglück geriet, so sind heute die Millionen Arbeiter, die nie den sozial-erzieherischen Einfluß einer großen Idee verspürten, einfach unfähig, ihre Handlungen von weitblickender sozialer Moral leiten zu lassen. Selbst breite Massen Organisierter werden von dem Geist sozialer Unvernunft mitgerissen und zwangsläufig auf die Bahn gebracht, die zum Abgrund führt. Schließlich müssen alle, auch jene, die das Ende mit Schreden kommen sehen, den Weg mitwandern; die zwingenden Tatsachen sind härter und folgerichtiger als alle Moral.

Damit aber ist nicht gesagt, daß gegen das Verderben kein Kraut gewachsen sei. Es müssen nur, solange es dazu noch Zeit ist, von der gesellschaftlichen Gewalt geeignete Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Arbeitszwang gehört nicht dazu. Es gilt vielmehr, das Vertrauen der Arbeitslosen zu erringen, und es ist erfreulich, daß in Breslau danach verfahren wird. Des Vertrauens, des guten Willens der Arbeiter, bedarf die Gesellschaft, wenn überhaupt die Volkswirtschaft wieder in Ordnung kommen soll. Die Masse der Arbeiter ist durchaus arbeitswillig und trotz der Lohnunvernunft einzelner Gruppen — gerade jener, die bisher der Organisationsidee fernstanden, und gerade in Wirtschaftszweigen, deren ungeförter Fortgang für die gesamte Wirtschaft lebenswichtig — ganz gewiß der Ermüdung zugänglich, daß eine Politik der Vohntreiber, die sich sofort in Preistreiber umkehrt, um dann abermals Lohnstreiber auszuüben und so fort ins Unendliche, daß eine solche Politik wirtschaftlicher Wahnsinn ist. Aber man kann von den Arbeitern nicht fordern, daß sie den Anfang machen und unter Verzicht auf Vohnerhöhungen die ganze Last der Warenpreise tragen, rein im Geiste einer sozialen Erbschaftsidee, die durch Leiden zu sozialem Glück gelangen will. Die Dinge stehen ja leider so, daß trotz aller Lohnsteigerungen die Masse der Arbeiter abler daran ist als vor dem Kriege. Die Warenpreise sind höher gestiegen als die Löhne. Mit Senkung der Preise, nicht der Löhne, ist zu beginnen; sinkende Kosten der Lebenshaltung müssen und werden dann ihren Ausdruck finden in Vohnerhöhungen. Billiger, wesentlich billiger als gegenwärtig, muß produziert werden, sollen wir überhaupt über den Anstoß an den Weltmarkt gehen. Sollte man sich nicht alle Sorgen machen

wenn die Blockade fiele, nur in geringem Maß imstande, denn die in Deutschland erzeugten Waren wären viel zu teuer für den Weltmarkt. Wie aber billiger erzeugen, ohne sofortige Lohnsenkung? Durch ein Opfer, das der ganzen Gesellschaft, nicht nur den Arbeitern, auferlegt wird! Die öffentlichen Gewalten müssen der Gelasstheit ein Milliardenopfer auferlegen zum Abbau der Preise. Allgemeiner ausgedrückt: zur Gewinnung neuer Wirtschaftsprinzipien.

Grundsätzlich wird damit keine Neuerung gefordert. Die deutsche Wirtschaftspolitik vor dem Krieg war wesentlich gegründet auf die Opfer der heimischen Verbraucher zur Förderung bestimmter Wirtschaftszweige; allein die Getreidezölle haben der Gesamtheit der Verbraucher Milliarden aufgebürdet. Dazu kommen viele andere Maßnahmen der Zoll- und Verkehrsministerien. Bestimmte Industrien, auch jene von Kohle und Eisen, hatten sich darauf eingestellt, durch Belastung der heimischen Verbraucher ihren Auslandsabsatz zu steigern. Deutschen Jüder, deutsche Kohle, deutschen Stahl bezog das Ausland durch Jahrzehnte billiger als der deutsche Volksgenosse. Die Politik des Dumping erregte den Haß gegen die deutsche Wirtschaftspolitik und wurde mit einer Kriegursache. Diese Politik darf nicht mehr aufgenommen. Aber wohl muß die deutsche Politik sich auf die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft einstellen, und gerade eine von sozialistischem Geist durchtränkte, der Rücksicht auf kapitalistische Profitinteressen bare Volkswirtschaft hat dafür eine Fülle Möglichkeiten. Ist erst die Wirtschaft wieder aufgebaut, dann wird die Anwendung arbeitssparender, also verbilligender Methoden die Hauptrolle spielen; die Ersparnis der bisher lediglich für kapitalistische Konkurrenzmanöver aufgewendeten Kraft ist auch ein wichtiger Aktivposten der künftigen Wirtschaft. Aber für Inlands- wie für Auslandsbedarf müssen wir möglichst rasch die Warenpreise senken, und zu dem Zwecke sind Milliarden in den Güterkreislauf zu werfen. Die öffentliche Gewalt muß zuwege bringen, daß die wichtigsten Zweige der nationalen Wirtschaft Rohstoffe und Arbeitskräfte zu Preisen erlangen, die erträgliche Herstellungskosten ihrer Produkte ermöglichen; wo nötig, sind Zuschüsse zu leisten, die als eine Art sozialisierter Form der früher an die Zuckerindustrie, an Schifffahrt usw. gewährten Subventionen und Prämien erscheinen. Nicht bar auf die Hand sollen die Zuschüsse gezahlt werden, sondern sie sind zu gewähren als an Bedingungen geknüpfte Beihilfen; die Bedingungen können zugleich die Vertriebssozialisierung fördern helfen.

Kohle z. B. ist der Nerv der Industrie. Die Reichsgewalt kann Bergwerken, die sich bestimmten Bedingungen fügen, vorzugsweise Behandlung der Arbeiterchaft (etwa auch bei der Lebensmittelverteilung) und vorzugsweise Verfrachtung abgestehen. Ähnlich bei der Versorgung der Häfen mit Erz und Kohle. Und so fort, stufenweise steigend. Die Holzindustrie kann, soweit sie ihre Preisgebahrung unter Kontrolle stellen läßt, mit billigem Holz aus Staatswaldungen versorgt werden; zu gleichen Zweck kann die öffentliche Gewalt die ausgedehnten Waldungen privater Besitzer in Anspruch nehmen. Allgemein ist durch Verordnung die Lohnfrage der Bestimmungen untergeordnet worden, die sich an den beruflichen Lohnstarifen orientieren müssen. Das ist eine wesentliche Verbesserung eines vorhandenen Instruments, aber bei weitem nicht alle Schwierigkeiten

sind damit zu meistern. Wird z. B. für die Landwirtschaft der Lohn so hoch normiert, daß er löst, dann leisten die Betriebsunternehmer einen Widerstand, der nicht bis zur Frühjahrbestellung überwunden werden kann. Wird der Lohn so angelegt, daß ein lebiger Arbeiter gerade sein Auskommen findet, dann wird der Arbeitermangel nicht behoben. Die öffentliche Gewalt muß einen Mittelweg gehen: Normallohn, der ledigen Arbeitern die Existenz sichert, und aus öffentlichen Mitteln Zuschüsse zum Teil in der Form der Weiterzahlung von Arbeitslosenunterstützung an Familienangehörige. Dazu kostenfreie oder billige Bestellung von Arbeitskleidung, Schuhen usw.; billige oder freie Eisenbahnfahrt für Familienbeihilfe, wo durch die Arbeitsaufnahme Familientrennung eintritt. Für die auf solche Weise ermöglichte Arbeitergewinnung hat der landwirtschaftliche Unternehmer Auflagen zu erfüllen wegen Fruchtanbau, Viehzucht, Preisgestaltung usw. Der Willigkeit des Unternehmers kann der Staat weiter nachhelfen durch Lieferung von Düngemitteln, Geräten und Maschinen.

So schafft die Aufwendung von Milliarden die Möglichkeit eines Eindringens der öffentlichen Gewalt in allerlei Wirtschaftsbetriebe, überall werden Voraussetzungen und Anfänge zur Sozialisierung geschaffen. Und das, was unserer Volkswirtschaft nützt, ohne daß sie nicht zu normaler Verhältnissen, nicht zur Wettbewerbsfähigkeit gelangen kann, wird erzielt durch Preislenkung, der die Lohnsenkung folgt, nicht vorausgeht.

Maßnahmen der Wirtschaftspolitik sind nötig, wo der Appell an die Sozialmoral versagt. Opfer sind zu bringen, aber nicht einseitig von den Arbeitern, sondern von der Volksgemeinschaft. Und rasch muß gehandelt werden. Jedes Zögern bringt Gefahr!

Deutsche

National-Verammlung.

Weimar, 20. Februar, nachmittags 2 Uhr. Am Regierungstisch: Graf Brockdorff-Rantzau, Koche, Landsberg, Wiffel, Erzberger, Gehrts, Gothein, Reinhardt u. a.

Eingegangen ist eine eingehende telegraphische Schilderung von der Gewerkschaft König Ludwig über die Spartakusunruhen in Reddinghausen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Voegler (Dsch. Volksp.)

gegenüber Erzberger, der am 15. Dezember von dem damaligen Staatssekretär Dr. Müller einen Brief erhalten habe, in dem gesagt ist, Voegler solle eine Berufung als Sachverständiger abgelehnt haben, falls nicht auch Herr Stinnes berufen würde, daß eine solche Berufung seitens des Reichswirtschaftsamtes niemals an ihn gelangt sei und er niemals dazu eine solche Stellung eingenommen habe. Ebenso wenig sei dies seitens der nordöstlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller geschehen. Diese habe vielmehr noch am 23. Dezember fünf Herren, darunter auch Voegler mit seiner Zustimmung, als Sachverständige vorgeschlagen. Aus der Erklärung des Ministers Erzberger ergebe sich weiter, daß niemals ein Telegramm oder Schreiben in dieser Angelegenheit mit jenem Inhalt seitens der Gruppe abgegangen worden sei.

Reichsminister Erzberger: Ich habe mich bei meinen Darstellungen gestützt auf ein amtliches Schreiben des Reichswirtschaftsamtes und habe keine Verantwortung, von diesem amtlichen Schreiben irgend etwas abzuleiten zu lassen. Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes Wiffel hat mir außerdem erklärt, daß er sofort in jenem Ressort feststellen wird, auf welche Tatsachen sich die Behauptung in dem Schreiben vom 15. Dezember stützt. Die Angelegenheit der nachträglich vorgeschlagenen fünf Sachverständigen konnte aus dem einfachen Grunde nicht erfolgen, weil die Verhandlungen in Luxemburg schon am 23. Dezember begonnen und am 25. Dezember ihren Abschluß gefunden hätten. Damit ist, glaube ich, der Zeitdruck vollständig beseitigt. Einem der

öffentlichen Vorwurf habe ich dem Abg. Dr. Voegler in Sachen des Telegramms nicht machen wollen. Alles Weitere behalte ich mir vor, bis die Aufklärung seitens des Reichswirtschaftsamtes erfolgt ist.

Hierauf hebt das Haus die Besprechung bez. Erklärung der Reichsregierung fort.

Abg. Dr. Traub (Dsch. Volksp.):

Wir müssen uns hier in der Nationalversammlung auch an die Vorgänge außerhalb unserer Grenzen erinnern. Es hat uns gefreut, daß Japan unseren Millionen ganz anders entgegengekommen ist, als England. Die japanische Regierung hat auch während des Krieges neben dem englischen und französischen Unterricht den Unterricht in der deutschen Sprache in den Schulen eingeführt. Dem Vorbringen der Südslaven in Oesterreich sollte man mehr Beachtung schenken. Einpreuß müssen wir dagegen erheben, daß die neutralen Staaten bei den gegenwärtigen Konferenzen der Allierten so wenig berücksichtigt werden. Eine Auktionsfrage ist es, unserer deutschen Brüder außerhalb der Reichsregierung zu geben, namentlich auch der aus Rußland ausgewiesenen Reichsdeutschen. Eine Schmach ist es, wie Revolution unter Ansehen draußen in der Welt geschahigt hat, besonders in Brüssel und Warschau. (Sehr richtig!) Ich freue mich, daß Reichsminister Erzberger gestern endlich den Ausdruck „Expressterritorien“ für die Haltung der Entente aufgenommen hat. Günstig protestiert das deutsche Volk gegen die Aufrechterhaltung der Blockade und gegen die Zurückbehaltung unserer Kriegsgefangenen. Graf Brockdorff sollte sich mehr in die Nähe des Wehrministers Koche setzen, um von dessen urwüchsigem Frische und erst deutschem Stolz etwas zu übernehmen. (Sehr gut! rechts.) Es ist gefährlich, daß wir beim Abschluß des Waffenstillstandes bis an die Grenzen der Würdelosigkeit gegangen sind.

Was wir in den Diktarien an Erniedrigung erleben, ist die Frucht der Revolution. (Beifall rechts, Widerspruch links.) Den Anspruch auf unsere Kolonien hatten wir aufrecht. (Beifall.) Wir wünschen alle baldigen Frieden. Die Revolution hat uns aber den Frieden nicht gebracht, sondern uns weiter von ihm entfernt. (Lärm links.) Wir werden in keine Gegenrevolution eintreten. (Hört, hört! links.) Aber gerade die jetzigen Zustände sind die besten, die wir für die Monarchie. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben den Krieg verloren, wir keinen großen Staatsmann hatten, und wir den Rechtsinstinkt unseres Volkes und die schwerste Probe gestellt haben, als wir auf der einen Seite mit den Bolschewiken verhandelten und sie in der Ukraine als todeswürdige Verbrecher hinstellten. (Sehr richtig! rechts.) Aber auch, weil in unserem Heere in unerantwortlicher Weise gewählt worden ist. Wir sehen in dem 9. November

einen Tag der nationalen Schmach.

(Sehr richtig! rechts.) Gern bei den Sozialdemokraten.) Die 16 Milliarden alten Kredit bewilligen wir selbstverständlich, ebenso die 300 Millionen zur Förderung des Wohnungswesens. Das wir aber die anderen Milliarden, die in Verfolg der Revolution ausgegeben worden sind, ohne weiteres bewilligen, das kann niemand von uns verlangen. Wir verlangen, daß uns im Ausmaß darüber Auskunft gegeben wird. Wir haben vor allem die Rückzahlung zu lösen, unsere künftige Ernte militärisch zu sichern. Tun wir das nicht, dann ist alles müßig, was wir in Weimar zustande gebracht haben werden. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Der alte Geist des alten Liberalismus ist nach rechts gewandert. (Aha-Rufe und Heiterkeit bei der Mehrheit.) Wir werden dieses Erbe des alten Liberalismus bewahren. Andere Wege wird uns ja schließlich erst die Jugend bahnen, auf sie legen wir unsere Hoffnung. (Lebhafte Beifall rechts, Zischen bei der Mehrheit.)

Das Haus wendet sich zur

Erledigung der Kreditvorlage.

Dazu liegt eine Reihe von Anträgen vor, die die Herabsetzung des Kredits von 25 auf 18 Milliarden, bezw. die Ablehnung der 25 Milliarden fordern, und nur die 300 Millionen für Bau- und Wohnungszweck bewilligen wollen. Außerdem haben die Deutschnationalen fast ihre sämtlichen bisher gestellten Initiativ-Anträge in einer zusammenfassenden Entschließung zur zweiten Lesung der Kreditvorlage wieder eingereicht.

Reichsminister Schiffer:

Ich bitte, alle diese Anträge abzulehnen. Die Ablehnung des ganzen Kredits würde das Reich völlig mittellos hin stellen. Aber auch die Herabsetzung auf 18 Milliarden, ist nicht erträglich, weil von den 25 Milliarden 15 Milliarden bereits

Der Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...

Reichsminister Goltz:

Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...

ein Postill der Mission

gesteht, die durch die...
gesteht, die durch die...
gesteht, die durch die...

die Welt überfallen

Der Reichstag hat sich...
Der Reichstag hat sich...
Der Reichstag hat sich...

die Schuld des alten Regiments

Ich bin, Herr Reichsminister...
Ich bin, Herr Reichsminister...
Ich bin, Herr Reichsminister...

das monarchische System

Ich bin, Herr Reichsminister...
Ich bin, Herr Reichsminister...
Ich bin, Herr Reichsminister...

Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...

Reichsminister Erzberger:

Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...

erschwert die Lage des deutschen Volkes

Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...

Abg. Dr. Kahl (Deutsche Volkspartei):

Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...

in der evangelischen Kirchenverfassung

Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...

Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...

Unterlassungsfehler des Reichspräsidenten.

Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...

Eine Bemerkung des Reichswehr

Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...

Reichsminister Landberg:

Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...

Wohlthätigkeit unserer Gesetz

Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...

Nicht mehr imstande, anzunehmen

Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...

Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...

Verfassung, das Verfassungsrecht

Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...

ein nationale Verteidigung

Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...

im Hotel Adlon eine Versammlung

Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...

Gründe zum Leben und Tod

Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...

Erneuer, veränderter Reichstag

Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...

Das Pünktlein auf der Welle.

Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...

Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...

Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...

Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...
Herr Reichsminister...

Die Besetzung ergibt sich aus dem... Die Besetzung ergibt sich aus dem...

Die Besetzung ergibt sich aus dem... Die Besetzung ergibt sich aus dem...

Die Besetzung ergibt sich aus dem... Die Besetzung ergibt sich aus dem...

Die Besetzung ergibt sich aus dem... Die Besetzung ergibt sich aus dem...

Die Besetzung ergibt sich aus dem... Die Besetzung ergibt sich aus dem...

Die Besetzung ergibt sich aus dem... Die Besetzung ergibt sich aus dem...

Die Besetzung ergibt sich aus dem... Die Besetzung ergibt sich aus dem...

Die Besetzung ergibt sich aus dem... Die Besetzung ergibt sich aus dem...

Die Besetzung ergibt sich aus dem... Die Besetzung ergibt sich aus dem...

Die Besetzung ergibt sich aus dem... Die Besetzung ergibt sich aus dem...

Die Besetzung ergibt sich aus dem... Die Besetzung ergibt sich aus dem...

Die Besetzung ergibt sich aus dem... Die Besetzung ergibt sich aus dem...

Die Besetzung ergibt sich aus dem... Die Besetzung ergibt sich aus dem...

Die Besetzung ergibt sich aus dem... Die Besetzung ergibt sich aus dem...

Die Besetzung ergibt sich aus dem... Die Besetzung ergibt sich aus dem...

Die Besetzung ergibt sich aus dem... Die Besetzung ergibt sich aus dem...

Die Besetzung ergibt sich aus dem... Die Besetzung ergibt sich aus dem...

Die Besetzung ergibt sich aus dem... Die Besetzung ergibt sich aus dem...

Die Besetzung ergibt sich aus dem... Die Besetzung ergibt sich aus dem...

Die Besetzung ergibt sich aus dem... Die Besetzung ergibt sich aus dem...

Advertisement for Rosenberg, featuring a portrait and text about dental services.

Advertisement for E. Rinke, a dance school located at Seleding-Strasse 48.

Advertisement for Tanz-Schule, offering dance lessons and classes.

Advertisement for Alte Pelzfachen, specializing in fur goods and accessories.

Large advertisement for Messow & Waldschmidt, featuring a circular logo and a list of products.

Advertisement for Wollin's Festsäle, advertising various types of masks and costumes.

Advertisement for E. Grunwald, a dental clinic with a list of services.

Advertisement for Walter Nemoia, a dance school with a list of classes.

Advertisement for Betten, offering various types of beds and mattresses.

Advertisement for Gummiwaren, specializing in rubber goods and shoes.

Advertisement for Leinwand, featuring a list of various types of linens and fabrics.

Advertisement for Nasse Klingelelemente, advertising electrical components and services.

Advertisement for Goldkronen Brücken, a dental clinic specializing in gold crowns and bridges.

Advertisement for Möbel-Knorr, offering a wide range of furniture and home decor.

Advertisement for Möbel-Knorr, featuring a list of furniture items and prices.

Advertisement for Wohnungen, advertising rental properties and real estate services.

Advertisement for Beleithe, featuring a list of various types of shoes and footwear.

Advertisement for Möbel, advertising a variety of furniture and home furnishings.

Advertisement for Institut für Zahnleidende, a dental clinic for patients with dental issues.

Advertisement for Möbel, featuring a list of furniture and home decor items.

Advertisement for Möbel-Knorr, advertising a variety of furniture and home goods.

Advertisement for Möbel-Knorr, featuring a list of furniture and home decor items.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 21. Februar.

Wahlhelfer!

Morgen Sonnabend, den 22. Februar, abends 8 Uhr.

Zusammenkunft in den Distriktslokalen.

Zur Stadtverordnetenwahl.

Auch in Breslau ist es den bürgerlichen Herren in der Stadtverordnetenversammlung zu schnell gegangen mit der restlosen Befestigung des Dreiklassenwahlrechts. Sie ähnen der Regierung, daß sie dem Volke auch den Weg in die Rathhäuser und die Gemeindefestungen steuert, in deren Dunkel es sich für die Herren Geschäftsleute so gut mumeln ließ. Die demokratische Umgestaltung in Reich und Staat mochten sie sich zur Not gefallen lassen aber den einschlägigen Weg an der Gemeindefestung will die edle Gewerkschaft nicht gern mit anderen teilen namentlich wenn diese anderen wesentlich anderer Meinung über kommunale Pflichten und kommunale Rechte sind, als die Mitglieder eines wohlhabenden bürgerlichen Gemeindefestungs. An der revolutionären Tatsache, daß das Dreiklassenwahlrecht in Preußen auch für die Gemeindefestung und Neuwahl auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlrechts vorzunehmen ist, können sie nichts mehr ändern. Und das ist gut!

Wir hatten auch in Preußen schon mal ein besseres Wahlrecht. Die Städteordnung des Reiches vom 9. Nov. 1808, eine Folge der großen französischen Revolution und von dieser nicht nur dem Geiste, sondern teilweise auch dem Wortlaut nach fast beinahe, enthielt ein gleiches Wahlrecht — allerdings mit einem Vorbehalt, der die alleruntersten Kreise der Bevölkerung von der Wahlberechtigung ausschloß. Mit einer Verschärfung im Jahre 1831 (Erhöhung des Reichtums) erhielt sich das dreiklassige Wahlrecht bis zum Jahre 1852, wo es durch das Dreiklassenwahlrecht ersetzt wurde. Der Zentrumsführer Reichensperger war es, der nach dem Siege der Generalrevolution Ende 1848 die Forderung in Berlin auf das wunderbarste Kleinod des Dreiklassenwahlrechts aufmerksam machte. Die Regierung folgte dankbar dem Wink — und lehnte die Forderung ab. In dem Jahre 1852 wurde das Dreiklassenwahlrecht wieder durch das Dreiklassenwahlrecht ersetzt. Die Forderung in Berlin auf das wunderbarste Kleinod des Dreiklassenwahlrechts aufmerksam machte. Die Regierung folgte dankbar dem Wink — und lehnte die Forderung ab. In dem Jahre 1852 wurde das Dreiklassenwahlrecht wieder durch das Dreiklassenwahlrecht ersetzt.

Was haben immer wieder die Preußen mit ihrer Arbeit und Schande getragen. Man weiß, wie sehr Staat und Gemeinde darunter gelitten haben. Das war schon unter dem immerhin noch lebhaften Wahlrecht der Steinischen Städteordnung so. Franz Adler, der alte Demokrat, spricht aus der Fülle seiner Erfahrungen, die er seit 1840 als Oberbürgermeister der Stadt Brandenburg machen konnte, wenn er schreibt:

Ich habe immer gefunden, daß im ganzen Maße ein richtiges Urteil über diese Verhältnisse war. Wenn man sagt daß nur eine Minorität die Freiheit bewahren könne, so trifft dies am allerwenigsten zu für die Städte. Da bewahrt die Minorität nicht die Freiheit, sondern sie bewahrt die Freiheit ihrer Vorfahren, das vornehmlich ist ihre Sache; sie will aus dem allgemeinen Stadtsäckel essen und macht sich dabei auf die eine oder die andere Weise zu Werke.

So war's 1840 und so war es auch der Einführung des Dreiklassenwahlrechts erst recht. Und jetzt endlich soll es anders werden. Die Arbeiterklasse zieht in die Stadtverordneten ein, wozu ihr der Staat nur sehr beschränkt oder gar nicht genötigt wurde. Wir wollen, daß ihr einen schmerzlichen Stand dort haben werden. Groß ist die Not der Zeit, und an dieser Not haben die Gemeindefestungen ein großes Programm und wir haben den ersten Willen, von diesem Programm aus die Gemeindefestungen zum allgemeinen Besten zu betreiben.

Wenn Deutschland an Preußen und dieses an dem Dreiklassenwahlrecht zugrunde gegangen ist, so werden wir dafür sorgen, daß Deutschland an der Demokratie und am Sozialismus wieder in die Höhe kommt.

Wer mit dazu helfen will, der wolle am Sonntag, den 2. März die Hilfe Seidels.

Die ganz Alten geblieben.

Vor einigen Tagen hielt die Handwerkskammer ihre Vollversammlung in Breslau ab und man kann wirklich nicht behaupten, daß die Herren Handwerker, soweit sie in der Versammlung das Handwerk vertreten, aus der neuen Zeit etwas gelernt haben. Sie sind die Alten geblieben und werden es wohl auch noch bleiben, wenigstens nach den Reden zu urteilen, die dort gehalten wurden. Herr Dr. Paschke, der Syndikus der Handwerkskammer, fand vernünftige Worte über die Arbeitslosen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die jetzt arbeitsunfähig gewordenen jüngeren Arbeiter sich bald wieder in die gewohnte Tätigkeit zurückfinden mögen. Er behauptete auch, daß viele Handwerker noch die Fähigkeiten hätten

Nächsten Sonntag: Flugblatt-Verbreitung

Donnerstag 8 Uhr von den Distriktslokalen.

Stadtverordneten-Wähler-Versammlungen

finden in der kommenden Woche an folgenden Tagen statt:

Montag, den 24. Februar, abends 8 Uhr,
im großen Saale des Schiefwerder.
Redner: Stadtdr. Landsberg, Jurist
Klüber und Redakteur Datz.

Montag, den 24. Februar, abends 8 Uhr,
in der Wilhelmshurg, Neudorfstraße 54.
Redner: Stadtdr. Zimmer, Privatdozent
Dr. Watz und Gewerkschaftssekretär Klippel.

Dienstag, den 25. Februar, abends 8 Uhr,
bei Snyall, Uferstraße 48.
Redner: Stadtdr. Seibold, Magistratssekretär
Jahn und Gewerbelehrer Benter.

Mittwoch, den 26. Februar, abends 8 Uhr,
bei Heuschel, Frankfurterstraße.
Redner: Stadtdr. Scholich, Pastor Zimmermann
und Gewerkschaftssekretär Senf.

Donnerstag, den 27. Februar, abends 8 Uhr,
in der Harmonie, Gräbchenstraße.
Redner: Stadtdr. Pöhlke, Rechtsanwalt
Bandmann und Schneidermeister Diebel.

Freitag, den 28. Februar, abends 8 Uhr,
bei Exner, Mauritiusplatz.
Redner: Stadtdr. Pöhlke, Privatdozent Dr.
Watz und Parteisekretär Th. Müller.

Freitag, den 28. Februar, abends 8 Uhr,
in der Wilhelmshurg, Neudorfstraße 54.
Redner: Stadtdr. Pasch, Ingenieur
Arduinger u. Sanitätsassistent Wachner.

Freitag, den 28. Februar, abends 8 Uhr,
bei Bräuer, Wabnitzstraße 20.
Redner: Stadtdr. Pöhlke, Oberbahnhofsleiter
Goerlich und Gewerkschaftssekretär Wesse.

Freie Aussprache in allen Versammlungen.

Eingeladen dazu sind alle Wähler und Wählerinnen aller Stände und Berufe.

Parteilosen und Parteigenossen! Setzt durch eifrige Agitation dafür, daß alle Versammlungen gut besucht werden.

Unterstützung und Verdienst als nützlichen Verdienst ansehen. Das Handwerk habe immer noch Mangel an tüchtigen Handwerkern. Wesentlich andere Töne schlug Vödemer'scher Ausschuss aus Schweidnitz an. Ihm ist die Gewerkschaftslosen-Unterstützung ein Dorn im Auge und er fordert deren Abschaffung. Wenn die Arbeiter nichts mehr zu befehlen haben, so sagt der Herr, werden sie schon anfangen zu arbeiten. Wohin solle es führen, wenn heute schon die Spielwarenarbeiter im Erzgebirge nicht mehr für 40 Pfennige den Tag arbeiten werden, sondern einfach die Erwerbslosenunterstützung in Anspruch nehmen. Wenn wir mehr Steuern zahlen müssen, dann doch nur, um die Faulenzer zu erhalten.

Diese Ausführungen waren selbst dem Staatskommissar, Geheimen Regierungsrat und Gewerbeamt Dr. Gimatis zu hart. Er suchte den Herren klar zu machen, daß die große Masse der Erwerbslosen durchaus keine Faulenzer, sondern Unglückliche seien, die keine Arbeit finden. Dieser warme Appell fand bei den verbitterten der Handwerksmeister absolut kein Verständnis. Das kam auch zum Ausdruck über die Beratung des Reichstages. Ganz besonders waren die Herren aus der Provinz empört, daß die Lehrlinge auch nur acht Stunden arbeiten sollen. Die Sorge, die Lehrlinge jetzt etwas weniger auszubilden, wie früher (ausgebeutet werden sie trotzdem auch noch genügend), vermisst sie, ein Verbot an die Regierung um Verlängerung der Arbeitszeit zu richten. Erfolg werden die Herrschaften damit nicht haben.

Wie das warme Herz der Handwerksmeister für die durch den Krieg in Misere verfallene eigenen eigenen Kollegen schlägt, dafür folgender Beweis: Der Vorstand hatte vorgeschlagen, denjenigen selbständigen Handwerkern, die schon Kriegsdienstleistungen geleistet, aber durch den Krieg gezwungen waren, ihren Betrieb stillzulegen, mit Gehilfen unter die Arme zu greifen. Es sollten aus den durch den Hausstellungsplan zur Verfügung stehenden Mitteln unentgeltliche Darlehen für sehr bedürftige selbständige Handwerker gegeben oder Bürgschaften dafür bis zur Höhe von 100.000 Mark bei den Kreditgenossenschaften für selbständige Handwerker übernommen werden, wenn die Betreffenden durch Tätigkeit und Leistungsfähigkeit Garantien dafür bieten, daß auf Rückzahlung der Darlehen zu rechnen ist. Beide Vorschläge wurden von der Mehrheit der Versammlung abgelehnt.

Freie Bahn dem Lächeln! heißt es, aber davon wollen die Herren, die den Beschlüssen, ihren bedürftigen Kollegen zu helfen, ein Fall brachten, nicht wissen. Sie fürchten wahrscheinlich die Konkurrenz. Vielleicht waren die, die für Ablehnung waren, während des Krieges auch nicht eingegeben und haben gute Geschäfte gemacht und wollen sie auch noch weiter machen. Deshalb darf den eigenen Kollegen nicht geholfen werden.

Wahlerpreise für Ferkel.

Segenswärtig wird mit Ferkeln, die kaum selbst fressen können, ein unerhörtes Wasser getrieben. Für ein solches Ferkel muß man fast ebensoviel bezahlen, wie für ein Schwein von 1½ Zentner. Diefem Standhalten Wucher muß so bald wie möglich ein Ende gemacht werden.

Sammlung für die Kriegsverletzten-Fürsorge

Der Ortsausschuß der Kriegsverletzten-Fürsorge schreibt uns: Mit Genehmigung des Regierungspräsidenten wird zum Besten des Ortsausschusses der Kriegsverletzten-Fürsorge für Breslau-Stadt und Land innerhalb des Stadtkreises eine Geldsammlung veranstaltet. Als Gegengabe werden Präsidentschriften, Postkarten usw. verabfolgt. Der Reinertrag belief sich in den Monaten Dezember und Januar auf 1087,03 Mk. Die eingehenden Beiträge werden zur Unterstützung für solche Kriegsverletzte verwandt für die andere Stellen Mittel nicht zur Verfügung haben. z. B. zum Ankauf von Handwerksgeräten, zur Beschaffung von Fahrhilfen für Siedle, Verbandsweg für dauernd Kranke, Unterstützungen in dringenden Notfällen usw.

Förderung des Kleinlebenswesens.

In einer Sitzung, die der Provinzialverband schlesischer Gartenbauvereine am Donnerstag abhielt, teilte Regierungsrat Dr. Krug von der schlesischen Landgesellschaft in Breslau unter anderem mit, daß zur Erhaltung von Kleinlebenswesen bereits eine Fläche von 682 Hektar angekauft worden ist, die 2235 Stellen ergibt. Von dieser Fläche sind bereits 132 Hektar (189 Stellen) verkauft. Auch das Rittergut Goldschmidten ist angekauft worden und soll in 500 kleine Stellen aufgeteilt werden. Für die Finanzierung ist besonders entgegenkommend die Landesversicherungsanstalt Schlesien. Sie bewilligt die Einzahlungen bis zu Dreiviertel ihres Wertes zu 4½ Prozent Zinsen. Die größte Schwierigkeit besteht augenblicklich noch in der Materialbeschaffung. Der Auktionsverkauf im Gartenbau, mit dem sich die Verammelten beschäftigten, wurde für ein Hindernis im Gartenbau erklärt. Die erste Folge wäre eine Erhöhung der Preise der gärtnerischen Erzeugnisse um mindestens 20 bis 40 Prozent und eine Verminderung der Produktion.

Die gleichen Einwände erhob die Industrie auch, als die veränderte Arbeitszeit eingeführt wurde, aber es hat sich doch gezeigt, daß diese grundlos waren.

Neuer Samariterkurs. Einen neuen Ausbildungskursus in der ersten Hilfe bei Unfällen veranstaltet die Kolonne Brodow des Arbeiterkameradenbundes. Anmeldungen nehmen die Vorstandsmitglieder S. S. H., Goldnerstraße 27, Seidel, Friederichstraße 15, und Siebig, Neue Gumpenstraße 5 (Volkswacht-Buchhandlung) entgegen. Auch an den Abendstunden, die jeden Donnerstag abends von 8-10 im Zimmer 18 der gewerblichen Fortbildungsschule, Gartenstraße (Markthalle), stattfinden, werden neue Mitglieder aufgenommen. Der Kursus ist unentgeltlich.

Deutscher Metzgerbrot-Verband. Achtung, Maschinenarbeiter und Rindfleisch! Sonnabend, den 22. Februar, abends 7½ Uhr findet im kleinen Saal bei Exner, Mauritiusplatz 4, die Branchen-Versammlung statt. Die Ortsverwaltung. (Siehe Inserat.)

Die Revolution des Bergbauens durch Wissenschaft und Leben behandelt Herr Dr. Ehrlich in seinem Vortrag am Sonntag, den 23. Februar, 9 Uhr, nachmittags ½ Uhr, in der Halle der Freien Religionsgemeinde, Grünstraße 14/16. Eintritt für Jedermann frei.

Die „Schlesische Rotweh“ hatte am Donnerstag abend alle Unteroffiziere des aktiven und Reserveheeres, sowie sämtliche Pionierevereine zu einer großen Versammlung nach der „Neuen Wörde“ einberufen, um ihnen den Ernst der Situation vor Augen zu führen, wenn es nicht gelingt, Schlesiens Grenzen durch ein schlagendes, unverlässliches Heer zu schützen. Es fehlte noch an tüchtigen Leuten; vor allem fehlten noch 200 Unteroffiziere, die die Mannschaften führen. 600 Breslauer Arbeiter haben sich verpflichtet, den Entretenden die Stellung offen zu halten und der Verband schlesischer Metallindustrieller zählt unter anderen Berganstellungen den Beamten ihre Gehälter weiter.

Auslandsbutter. Die Stadtverordnungsstelle schreibt, daß die Ablieferung von Butter aus den Landkreisen des Regierungsbezirks sich weiter verschlechtert hat. Es werden aber trotzdem die 40 Gramm Koppmenge aufrecht erhalten, weil die Reichsbrotstelle Auslandsbutter zugewiesen hat. Diese gelangt in dieser Woche und in den folgenden zur Ausgabe. Da die Auslandsbutter bereits längere Zeit in auswärtigen Kaffhäusern gelangt hat, können jedoch an ihre Güte nicht dieselben Anforderungen gestellt werden, wie bei früherer Inlandsbutter. Der Preis ist erheblich höher als der bei inländischer Butter. Zur Abbringung der Reststoffe wird deshalb für die folgenden Wochen ein Ausgleichspreis festgesetzt werden. In dieser Woche bleibt jedoch noch der alte Preis bestehen. Also schlechte und teure, nur weil die Landkreise nicht mehr zu liefern, wie sie es mühten und auch wohl noch können.

Im Distrikt 4 findet die Zusammenkunft der Wahlhelfer am Sonnabend bei Schrotzfel, Frankfurterstraße 15, statt. Die Ausgabe der Materials für die Flugblatt-Verbreitung dagegen erfolgt im Lokal von Schumann, Magoranstraße 2.

Soziale Frauenschule in Breslau. Der Provinzial-Ausschuß und der Magistrat der Stadt Breslau haben vorbehaltlich der Zustimmung des Provinziallandtages und der Stadtverordneten-Versammlung die Errichtung einer gemeinnützigen „Sozialen Frauenschule der Provinz Schlesien und der Stadt Breslau“ beschlossen. Die Eröffnung der Schule ist für April, spätestens Mai d. J. in Aussicht genommen.

Stellungsbüro Kauffert. In unserer Verleumdung vom Mittwoch wird als Redner ein Herr Juchner genannt. Der Name soll Juchschmitz lauten.

Die Arbeitergemeinschaft der Stadt Breslau Lehrer und Lehrerinnen beschloß sich in ihrer Sitzung u. a. auch mit dem Vorschlag der Breslauer Schulen, der durch Verlegung ihrer Räume durch die Militärverwaltung herbeigeführt ist. Die Verammelten erklärten es für dringend notwendig, daß allen Breslauer Schulen die Möglichkeit einer geregelten ungehinderten Arbeit endlich wiedergegeben wird. Zu Gunsten unserer Kriegsgefangenen wurde ebenfalls eine Resolution angenommen.

Kriegsgemeinschaft haben von den Partellen an der Steinstraße, Gubitzstraße, Schönstraße und Gohlhofstraße müssen die Adressen bis zum 26. Februar an den Kurator Wolff, Redakteur der „Volkswacht“, bezahle. Nach diesem Tage wird über die Partellen, die noch nicht bezahlt sind, anderweitig verfügt. Bestellungen auf Saatkartoffeln werden ebenfalls nur bis zu diesem Tage angenommen.

Zum Besten der Schlesischen Blindenbühne, die schon heute über 200 Hände in den Händen der größte Teil handgeschrieben hat, hat sich der Violinist Franz von Berlin in Breslau, der Weise bereit erklärt, am Sonnabend, den 22. Februar, mit dem Orchester des hiesigen Theaters ein Konzert zu veranstalten. Der gütige Reinertrag kommt der Schlesischen Blindenbühne zugute. Mit Rücksicht auf den guten Zweck der Veranstaltung kann der Besuch nur warm empfohlen werden.

Ein gefährlicher Einbruch wurde dieses Tage hier in der Provinz eines Arbeiters festgenommen, der eine Dreiecks-Fiskale mit Patronen bei sich trug. Er hat einen Einbruch im Kreise Juliusburg ausgeführt und dabei 1500 Mark, ein Paar Stiefel und eine Wirtel gestohlen. Von dem Gelde wurden noch 1977 Mark bei ihm gefunden und ihm abgenommen.

Den unerhörten dreifachen Einbruch, der Anfang Januar auf der Gräbchenstraße ausgeführt wurde, bei dem nicht weniger denn 2 Schweine, 2 Ziegen, 3 Enten, 12 Hühner und ein Kaninchen, die gleich an Ort und Stelle abgeschlachtet wurde, hat, wie jetzt ermittelt, ein Arbeiter mit einigen noch unbekannten Männern gemeinschaftlich ausgeführt; er ist in diesen Tagen festgenommen worden.

Ein jugendlicher Mordfall. Am Vormittag des 28. Dezember kam es zwischen Schülern der Mittelschule, die einen Spaziergang nach dem Rinderboden unternommen hatte, zu Reibereien. In der Aufregung ergriff der 14jährige Schüler Gerhard Wille eine Knüttel, die er sich zum Sperrungsziehen mitgenommen hatte, und schloß seinen Schulkameraden Wiese mit einer Hand an Schrot ins Gesicht. Nachdem dies geschehen war drehte er die Knüttel um und schlug noch mit dem Kolben auf ihn ein. Als W. dann betäubungslos und blutüberströmt zu Boden fiel, konnte der jugendliche Mörder davon. Da W. sich nicht erhob, glaubten seine Kameraden, er sei tot und sie wollten schnell die Eltern herbei. Zum Glück hatte die Schrotladung nicht Teile verletzt, wodurch Wille einen dauernden Schaden hätte davontragen können.

Am Montag fand nun der junge Mörder vor dem Jugendgericht, um ihn wegen qualifizierter Körperverletzung zu verurteilen. Der Staatsanwalt war für mindestens 1½ Monate Gefängnis. Das Gericht sah die Tat auch als eine rohe und verwerfliche an, billigte ihm aber in Anbetracht der schlechten Schulverhältnisse, mit den dauernden Ferien und da ihm der Vater schon 4 Jahre fehlt und jetzt vermisst ist, mildernde Umstände zu. Es erkannte auf 60 Mark Geldstrafe, für die im Nichtbeitragsfall für je 3 Mark ein Tag Gefängnis...

